

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/37

24. Februar 1975

Ein Vorkämpfer des sozialen Rechtsstaates

Zur Wiederkehr des 100. Geburtstages von Hans Bückler

Von Heinz O. Vetter

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Europa soll Friedensbeitrag für Nahost leisten

Sozialistische Internationale schlug Dialog mit Israel
und den Arabern vor

Seite 3 und 3a / 54 Zeilen

Die CDU/CSU und die Steuerreform

Eklatantes Versagen der oppositionellen Partei

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 45 Zeilen

Entwicklungshilfe-Winkelzüge der Opposition

Hoffnungen auf sachliche Zusammenarbeit schon wieder
zerstört

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 / 34 Zeilen

Konstruktiver Dialog mit den Kirchen

Evangelische Akademien sind Verbündete zur Verwirklichung
humanen Fortschritts

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Studienleiter (beurlaubt) der Evangelischen Akademie
Luccum

Seite 7 und 8 / 48 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 98
Telex: 08 85 246 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Ein Vorkämpfer des sozialen Rechtsstaates

Zur Wiederkehr des 100. Geburtstages von Hans Böckler

Von Heinz O. Vetter

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Wiederkehr des 100. Geburtstages von Hans Böckler am 26. Februar ruft zu allererst sein Vermächtnis an uns in Erinnerung, die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen der Wirtschaft zu verwirklichen. Kurz bevor er als bereits 75jähriger seine Augen schloß, war es ihm gelungen, das Tor zur gesetzlichen Verankerung der paritätischen Mitbestimmung im Montan-Bereich aufzustossen. Heute stehen wir noch immer mitten im Ringen um die Ausdehnung dieser Mitbestimmung auf alle Großunternehmen unseres Landes.

Was Hans Böckler vor fast 25 Jahren zur Begründung dieser grundsätzlichen gewerkschaftlichen Forderung erklärt hatte, ist heute so aktuell wie damals: "Nicht der Wille zur Macht hat die Gewerkschaften bestimmt, eine gleichberechtigte Stellung für die Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu fordern, sondern vor allem die Erkenntnis, daß der politischen Demokratie, soll sie nicht ein weiteres mal zum Nachteil des Volkes und der ganzen Welt mißbraucht werden, die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muß. Daneben beseelt die arbeitenden Schichten der ernste Wille, dem Kapital mindestens gleichgestellt zu werden, denn die Arbeitskraft ist die Quelle allen Wohlstandes in der Welt."

Diese Worte zeugen von der innerlichen Überzeugung und der Entschlossenheit, mit der Hans Böckler sein ganzes Leben der Sache der arbeitenden Menschen gewidmet hat. Am eigenen Leibe hat er in früher Jugend die Entbehrungen und die Rechtlosigkeit des Arbeiterdaseins erfahren, als er nach dem Tod seines Vaters als 13jähriger die Ernährung der fünfköpfigen Familie übernehmen mußte. Frühzeitig erkannte er die Notwendigkeit der solidarischen Organisation und trat schon 1894 dem deutschen Metallarbeiterverband und der Sozialdemokratischen Partei bei. Mehr als ein halbes Jahrhundert hat er gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeitnehmer und für ihre volle

Gleichberechtigung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gekämpft. So wurde die Montan-Mitbestimmung als erster großer Schritt zu dieser Gleichberechtigung die Krönung seines Lebenswerkes.

Als 70jähriger war er im zertrümmerten Deutschland mit seinen Kollegen deren gegangen, die neue Einheitsgewerkschaft aufzubauen. Nicht zuletzt durch das Wirken dieses Mannes und der wiedererstandenen Gewerkschaftsbewegung wurde in schlimmster Notzeit die Lebensexistenz des deutschen Volkes gesichert. So wie er sich dem nationalsozialistischen Unrechtsregime nicht gebeugt, sondern Widerstand geleistet hatte, so wandte er sich nach 1945 gegen die Demontage-Maßnahmen der Besatzungsmächte. Seiner Tatkraft ist weitgehend die Rettung von Arbeitsplätzen und der allmähliche Wiederaufschwung unserer Wirtschaft zu verdanken.

Alles was Hans Bückler dachte und tat, war von seiner zutiefst demokratischen Gesinnung geprägt. Er wollte unseren demokratischen Staat zur wahren Heimat der Arbeitnehmer machen, und so wurde er ein entschiedener Vorkämpfer des sozialen Rechtsstaates, wie ihn unser Grundgesetz vorschreibt. Nach den schrecklichen Erfahrungen unter der Hitler-Diktatur war ihm die gewerkschaftliche Forderung nach Wirtschaftsdemokratie zum unverzichtbaren Anspruch geworden. Seine persönliche Lauterkeit, sein Gerechtigkeits Sinn und seine unbeugsame Energie und selbstverständliche Solidarität haben ihn zu einer der bedeutendsten Persönlichkeiten nicht nur der Gewerkschaftsbewegung, sondern des deutschen Volkes werden lassen. Er wird immer ein Vorbild für unsere und für die nachfolgenden Generationen bleiben.

(-/24.2.1975/ks/pr)

+ + +

Europa soll Friedensbeitrag für Nahost leisten

Sozialistische Internationale schlug in Berlin Dialog
mit Israel und den Arabern vor

Von der Berliner Konferenz sozialdemokratischer und sozialistischer Partei- und Regierungsführer beherrschen die Äußerungen zum Nahen Osten recht eindeutig die Schlagzeilen. Das muß nicht verwundern bei der Härte, mit der Israels Außenminister Allon die Vergeblichkeit aller Entspannungspolitik beschrieb, wenn sie diesen heißen Punkt nicht abzukühlen hilft. Auch war deutlich geworden, daß der fragile Zustand der Friedenssicherung die Europäer nicht gleichgültig lassen kann. Deshalb machten sie den Israelis eine Reihe von Vorschlägen, von denen der für einen "gleichzeitigen Dialog" Westeuropas mit Israel und den Arabern nur einer ist.

Ob es im Verlauf der Konferenz zu dem behaupteten Zusammenstoß zwischen Österreichs Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky und der ehemaligen Ministerpräsidentin Golda Meir gekommen ist? Eine Antwort auf diese auch in der Pressekonferenz im Schöneberger Rathaus gestellte Frage kann die Spekulation nur für einen Augenblick anregen. Denn ein weitergehender Dialog mit den Israelis im Rahmen der Sozialistischen Internationale besteht überhaupt kein Zweifel. Und Allon wird in den nächsten Tagen Gesprächspartner in der Bundesrepublik sein.

Aber die Konferenz wäre so doch nur halb beschrieben. Es war zwar der Vorzug dieses vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt vorgeschlagenen Treffens, daß es Möglichkeiten der Aussprache bot, ohne Beschlüsse zu verlangen. Seine entscheidende Bedeutung lag jedoch darin, daß es die Diskussion aller problematischen Bereiche im Zusammenhang zuließ.

Neben dem Nahen Osten stellen sich da noch zwei andere Hauptthemen; an erster Stelle die Gestaltung des weiteren Entspannungsprozesses überhaupt. Dabei richtet sich die Aufmerksamkeit schon über den Abschluß der KSZE-Verhandlungen hinaus. Der wird auf einer bestimmten, wenn auch nicht näher umschriebenen Ebene anvisiert. Auf Folgekonferenzen, etwa der stellv. Außenminister, können die Erfahrungen mit den Abschlußergebnissen ausgetauscht werden.

In dem anderen Komplex der Energie- und Wirtschaftspolitik wird von den Teilnehmern der Berliner Tagung auf eine Einigung zwischen allen Beteiligten hingearbeitet. Das erhöht die Chancen für die Pariser Vorkonferenz beträchtlich. Aber auch hier gehen die Parteien der Internationale schon weiter. In drei Expertenkonferenzen in Schweden, Österreich und den Niederlanden sollen zu den Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Ölpolitik und der Rohstoffe weiterführende Vorschläge zur Beseitigung der weltweiten Strukturkrise erarbeitet werden. Schon jetzt aber müsse die europäische Ökonomie in Schwung gebracht werden, befand der schwedische Ministerpräsident Olof Palme, und zwar durch eine expansive Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik.

Mit den drei großen Themen war die Tagesordnung nicht erschöpft. Portugal, Spanien, Zypern und Chile boten weiteren Stoff zum Nachdenken. Portugals Außenminister Dr. Soares hatte zwar aus aktuellen Gründen abgesehen. Aber mit der Teilnahme von fünf amtierenden und zwei ehemaligen Regierungschefs und einer Reihe von Ministern zeigte sich, daß hier keine Unverbindlichkeiten ausgetauscht worden waren, sondern vieles in praktische Politik umgesetzt werden wird.

Hermann Schueler
(-/24.2.1975/ka/bgy/pr)

+ + +

Die CDU/CSU und die Steuerreform

Eklatantes Versagen einer oppositionellen Partei

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Noch vor drei Wochen beabsichtigte die Opposition, im Berliner Wahlkampf den Bürger auf die Vorteile der Steuerreform anzusprechen und diese Vorteile vor allem als ihr Verdienst herauszustellen. Örtliche Gliederungen der CDU/CSU haben öffentliche Versammlungskampagnen durchgeführt mit dem Tenor, welche Vorteile die Steuerreform bringe und daß dies der Opposition im Deutschen Bundestag zuzuschreiben sei.

Tatsächlich ist unbestreitbar, daß die Opposition, nachdem sie über die ihr willfährige Bundesratsmehrheit einige wesentliche Änderungen zum Nachteil der Masse der Steuerzahler und die verwaltungsaufwendige Auszahlung des Kindergeldes über die Arbeitsämter durchgesetzt hatte, die Steuerreform mitgetragen hat. Deshalb war es ihr gutes Recht, ihre Trittbrettfahrerleistung letztlich auch den Wähler als ihr Reformwerk zu suggerieren.

Es bedurfte aber nur - im gesamten gesehen - weniger verärgertes Bürger, um den Matador der CSU, Franz Josef Strauß, zu veranlassen, von der Steuerreform abzurücken und sie als das überhastete und unauagelegene Teufelswerk der Regierungsparteien hinzustellen. In dessen Sog segelten denn die Biedenkopf, Hächerl und Häfale, letzter mit der Forderung, "die Regierung möge unverzüglich die Steuerklassen ändern, die Sonderausgaben erhöhen und die Versorgungspauschale aufstocken, um wenigstens einige Härten dieser sogenannten Steuerreform zu mildern". Zu Recht hat daher die "Süddeutsche

Zeitung" dem Abg. Häfela beschuldigt, daß er ein "Steuerexperte ohne Überblick sei, der in allgemeinen Durcheinander unauffällig mal dieses, mal jenes sagen zu können" glaubt. Dem ist nur hinzuzufügen: Haben denn Häfela und seine Kollegen im Finanzausschuß geschlafen, nicht aufgepaßt oder nur Zeitung gelesen? Haben sie ihre Aufgabe als demokratische Opposition die Regierung und die sie tragenden Parteien zu kontrollieren, so leichtfertig wahrgenommen und damit die Aufgabe der Opposition überhaupt verkannt?

Denn festzustellen bleibt:

1/ Die Opposition hat bei der Verabschiedung der Steuerreform nur die Interessen weniger verfolgt; aber sie hat als oppositionelle Partei nach ihren eigenen Erklärungen versagt.

2/ Die Opposition ist nicht bereit, Verantwortung in diesem Staat zu übernehmen; sie heischt nur vordergründig nach der Stimme des Wählers, ohne ein eigenes umfassendes Konzept zu einem Problem zu entwickeln; sie hofft nur, den Wähler verunsichern und ihm Angst machen zu können.

3/ Die Opposition will sich staatstragend geben, wenn sie erklärt, angesichts der Staatsfinanzen für das Jahr 1975 keine ausgabewirksamen Anträge zu stellen, mit ihren nunmehrigen Steueränderungsforderungen aber ein Loch in die Haushalte 1975 und die folgenden Jahre reißen will, das in seiner Größe nicht mehr kalkulierbar ist.

4/ Das Verhalten der Opposition ist daher nach wie vor unseriös und unwehrhaftig; das in den kommenden Landtagswahlkämpfen deutlich zu machen, ist neben der Herausstellung der eigenen Leistungsbilanz Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

(-/24.2.1975/ka/pr)

+ + +

Entwicklungshilfe-Winkelzüge der Opposition

Hoffnungen auf sachliche Zusammenarbeit schon wieder zerstört

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe

wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist zu keiner einmütigen Abschlusserklärung über sein Hearing betreffend die Tätigkeit deutscher multinationaler Unternehmen in Entwicklungsländern gekommen. Das ist bedauerlich und war für die Abgeordneten der Koalition auch eine unerfreuliche Überraschung, weil in einer Reihe interfraktioneller Vorgespräche eine weitgehende Übereinstimmung über eine gemeinsame Erklärung erzielt worden war.

Während der Beratung im Ausschuß tauchte plötzlich bei der Opposition ein Papier auf, das zum Teil nur mühsam die Handschrift der Koalition verbergen konnte, aber einige plötzlich in die Debatte eingeführte neue und unannehmbare Punkte aufwies. Von diesem Papier ging die Opposition nicht mehr herunter und lehnte schließlich die ganze gemeinsam erarbeitete Erklärung mit der fadenscheinigen Begründung ab, daß sie nicht detailliert genug sei. Dabei weist die nun mit Mehrheit verabschiedete Erklärung zahlreiche konkrete Vorschläge für legislative und exekutive Maßnahmen auf, während der Oppositionsentwurf darüber gar nichts aussagt.

Das Erstaunlichste an dem CDU-Papier war die Feststellung, es habe sich bestätigt, daß deutsche multinationale Unternehmen einen wertvollen Entwicklungsbeitrag in den Entwicklungsländern leisteten. Dies haben nun nicht einmal die Vertreter der befragten Firmen selbst behauptet. Sie wollen logischerweise und legitim ein Maximum an wirtschaftlichen Erfolgen und sind "keine entwicklungspolitischen Mehrzweckmaschinen", wie ein Siemens-Vertreter erklärte.

Mit solchen ungefragten Lobhudeln haben wohl die Ideologen bei den CDU-Abgeordneten im Ausschuß die Oberhand gewonnen. Anscheinend soll versucht werden, für Wahlkämpfe neue Positionen in möglichst großer Nähe zur Industrie zu beziehen, um aus ihrem Schatten heraus die SPD wieder des Klassenkampfes, der Emotionalisierung und anderer schlimmer Dinge bezichtigen zu können.

Schade. Daß die Hoffnungen auf eine sachliche Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik, die durch die "Leitlinien" der Opposition geweckt worden sind, so schnell zerstört werden würden, haben wohl auch die Pazifisten kaum erwartet.

(-/24.2.1975/bgyp/r)

+ + +

Konstruktiver Dialog mit den Kirchen

Evangelische Akademien sind Verbündete zur Verwirklichung humanen Fortschritts

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Studienleiter (beurlaubt) der Evangelischen Akademie Loccum

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die Kirchen eingeladen, sich an der Diskussion über den "Orientierungsrahmen '85" zu beteiligen. Das erste, sehr umfassende und für beide Seiten sehr befriedigende Gespräch hat bereits mit der Gruppe von kirchlichen Mitarbeitern stattgefunden, deren Aufgaben- und persönliches Tätigkeitsfeld dem der Sozialdemokraten wohl am nächsten liegt: mit den Direktoren und Studienleitern der Evangelischen Akademien.

Neben einer "aktuellen Stunde", zu der Willy Brandt selber zur Verfügung stand, und einer Information über die künftigen Schwerpunkte der Fraktionsarbeit, die der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Konrad Parzner gab, nahm die Diskussion zum Komplex "Lebensqualität", die Dr. Erhard Eppler mit einem Statement eröffnete, und zu Kontext und Problematik der Grundwerte im "OR '85" mit Prof. Dr. Horst Ehmke den bei weitem qualitativ und quantitativ weitesten Raum ein: namentlich bei dem beiderseits immer neuen Versuch, den sowohl im kirchlichen als auch im sozialdemokratischen Denk- und Aktionsbereich verwendeten Begriff der Solidarität in seiner künftigen und gesellschaftspolitischen Relevanz auszuloten und wertmäßig zu präzisieren.

Wenn die Akademiäleute auch - sehr willkommene - Kritik an einzelnen Formulierungen des "Entwurfes eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975-1985" äußerten, so wurde doch in allen Voten deutlich erkennbar, wie nahe die Vorstellungen beider Seiten im Hinblick auf künftige gesellschaftliche Perspektiven beieinander liegen. Die Evangeli-

schen Akademien sind und bleiben Verbündete für den humanen Fortschritt in unserer Gesellschaft. Und ihr Freiraum ist noch weit genug, um - trotz der offenbarbaren "Tendenzwelle" und des Vormarschs der Konservativen und Reaktionäre - systemverändernde Fragen zu stellen und entsprechende Probleme zu thematisieren. Die Landeskirchen und die Synoden in der Bundesrepublik Deutschland wären gut beraten, diesen öffentlichen Freiraum auch dann nicht einzuengen, wenn schwindende finanzielle Ressourcen dafür die Begründung liefern könnten. Eine Gegenöffentlichkeit, die in Akademien wie an wenigen Orten sonst herstellbar ist - gegenüber einer weitgehend monopolisierten und an herkömmlichen Strukturen inhaltlich-politisch orientierten Publizistik -, begreifen wir als einen sehr wesentlichen Beitrag der Kirchen zur Befriedigung in unserer Gesellschaft.

Das Gespräch zwischen Akademieleuten und Sozialdemokraten, um dessen Weiterführung der Sprecher des Leiterkreises, Oberkirchenrat Dr. Gernot Jung, abschließend hat, wird fortgesetzt. Sozialdemokraten werden auf Tagungen evangelischer Akademien im ganzen Lande Rede und Antwort stehen und eintreten für eine Politik im Interesse der Masse unserer Mitbürger ist, eingeschlossen ihre Randgruppen. Die ewig Gestrigen, die sich wieder so munter regen, sind gemeinsame Gegner, denn sie wollen zugunsten eines hierarchischen Status quo die Wertdiskussion z.B. um ein variables Marktwirtschaftssystem und gesellschaftspolitische Reformen nicht führen.

Wir wissen: Akademieleute haben ein feines Gespür für die latenten Nöte in unserer Gesellschaft; dafür scheinen sie wie wenige andere - das haben wir Sozialdemokraten in diesem Gespräch gespürt - auch von ihrer Sache her stark sensibilisiert zu sein. Das läßt hoffen.

(-/24.2.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller